

«Höchste Anerkennung verdient»

ZÜRICH. Die Wahl der verfassunggebenden Versammlung in Tunesien sei frei und fair verlaufen, sagt der Zürcher SP-Nationalrat Andreas Gross, der für den Europarat die Wahl beobachtete.

INTERVIEW: PHILIPP HUFSCHEID

Die Beteiligung an der Wahl der verfassunggebenden Versammlung war enorm. Wie haben Sie das erlebt?

Andreas Gross: Es war ein einzigartiges Erlebnis. Unmittelbar nach Öffnung der Wahllokale um 7 Uhr morgens bildeten sich sofort lange Warteschlangen vor den Wahllokalen. Man spürte den Stolz, die Feierlichkeit, aber auch die Demut der Menschen angesichts der ersten freien Wahl in der Geschichte Tunesiens. Es war beeindruckend, wie ruhig sie stundenlang auf die Stimmabgabe warteten. Die Wahlhelfer in den Wahllokalen erledigten ihre Aufgaben mit Sorgfalt und Seriosität. Wie es nach 55 Jahren autoritärer und zuletzt diktatorischer Herrschaft gelungen ist, in nur neun Monaten diese Wahl zu organisieren, verdient höchste Anerkennung, denn es war eine freie und faire Wahl. Tunesien erhält nun erstmals eine legitime und legale Institution, die Ausdruck echter Volkssouveränität ist.



«Tunesien ist das Modell für die meisten Staaten in der Region»

Andreas Gross

Die Wahlergebnisse lassen allerdings auf sich warten.

Weil die Wahlbehörde nicht auf die Verwaltung des alten Regimes zurückgreifen wollte, musste eine neue Verwaltung aufgebaut werden, die natürlich etwas Zeit braucht, weil es ihr an Erfahrung mangelt. Aber wenn es im Kanton Waadt schon einen Tag dauert, dann darf eine junge Demokratie wie Tunesien durchaus zwei Tage für das Auszählen der Stimmen brauchen.

Wie beurteilen Sie Vorbereitung und Organisation der Wahl?

Bereits am 15. Januar, nur einen Tag nach dem Sturz von Ben Ali, wurden drei Kommissionen gebildet. Entscheidend war dabei, dass Männer und Frauen aus der Zeit des Unabhängigkeitskampfes, die heute zwischen 70 und 90 Jahre alt sind und sich spätestens unter Ben Ali vom Regime abgewandt hatten, Verantwortung übernahmen. Es sind kompetente, angesehene Persönlichkeiten ohne politische Ambitionen wie beispielsweise der Jurist Yadh Ben Achour vom Hohen Rat zur Umsetzung der Ziele der Revolution. Ihnen gelang es, Ruhe und Ordnung in die revolutionäre Situation in Tunesien zu

bringen und eine legitime Übergangsordnung zu gestalten, welche auch alle die Gesetze beschloss, die jetzt die erste freie Wahl der Geschichte ermöglichten. Das ist eine gewaltige Leistung, umso mehr als das Wirtschaftswachstum als Folge der Revolution von 4,1 Prozent auf -0,1 Prozent einbrach und 900 000 Flüchtlinge aus Libyen aufgenommen werden mussten.

Im Westen, aber auch in Tunesien gibt es die Befürchtung, dass sich die favorisierte islamistische Partei Al-Nahda als Wolf im Schafspelz entpuppen könnte. Wie ist Ihre Einschätzung?

Viele Tunesier haben sich darüber beklagt, dass im Westen fast nur über die Rolle der Muslime diskutiert wird. Es gibt viele Parteien, die sich für eine Trennung von Religion und Staat sowie gleiche Rechte für Mann und Frau einsetzen und sich dem Kampf gegen religiösen Obskurantismus verschrieben haben. Unter den religiös orientierten Parteien gibt es durchaus fundamentalistische. Daneben gibt es aber auch solche, die die deutsche CDU als Vorbild nennen oder sich an der türkischen AKP orientieren, die dort mehr für die Demokratie getan hat als die liberalen und sozialdemokratischen Regierungen zuvor.

Wie wichtig ist es, dass die Demokratisierung in Tunesien gelingt?

Tunesien ist das Modell für die meisten Staaten in der Region. Wenn die Demokratisierung in Tunesien nicht gelingt, gelingt sie nirgends in der Region. Der arabische Frühling muss mit der Revolution in Europa von 1848 verglichen werden und nicht mit 1989. Als einzigem Land gelang die Revolution damals in der Schweiz, wo Pestalozzi 50 Jahre zuvor eine gute Volksbildung eingeführt hatte, während Deutschland erst 100 Jahre später so weit war. Gute Bildung ist ein entscheidender Faktor für das Gelingen einer Revolution. Und in Tunesien sind die Menschen gut ausgebildet, was ein zentrales Element zur Erklärung von dessen Pionierrolle ist.

Andreas Gross ist Zürcher SP-Nationalrat und Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarats, wo er Fraktionspräsident der SP ist. Er leitet die Wahlbeobachtungsmission des Europarats in Tunesien.



Stimmzähler an der Arbeit in einem Wahllokal in der Hauptstadt Tunis. Bild: key

Al-Nahda steht vor Wahlsieg

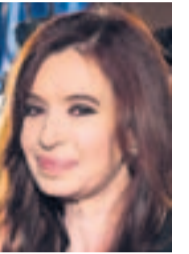
In Tunesien steuert die islamistische Partei Al-Nahda auf einen deutlichen Sieg bei der Wahl zur verfassunggebenden Versammlung zu. Die offiziellen Ergebnisse der Wahlkommission lagen zwar gestern Abend noch nicht vor, doch nach eigenen Angaben hat Al-Nahda bei der ersten freien Wahl in der Geschichte des

Landes rund 40 Prozent der Stimmen geholt. Die liberale Demokratische Fortschrittspartei (PDP), die Beobachter vor der Wahl als schärfsten Konkurrenten der Islamisten eingestuft hatten, enttäuschte dagegen. Stattdessen könnte der zentristische Kongress für die Republik (CPR) zweitstärkste Partei werden. (msk)

Cristina Kirchner bleibt Argentiniens Präsidentin

BUENOS AIRES. Argentinien boomt. Nicht zuletzt deswegen ist Cristina Fernández de Kirchner am Sonntag bei den Präsidentschaftswahlen für eine weitere Amtszeit bestätigt worden.

Ihren stärksten Herausforderer liess die Präsidentin um mehr als 35 Prozentpunkte hinter sich. Die Wähler gaben ihr damit einen selten eindeutigen Auftrag, den Kurs fortzusetzen, den sie gemeinsam mit ihrem verstorbenen Vorgänger und Ehemann Néstor Kirchner 2003 einschlug. «Ihr könnt darauf zählen, dass ich das nationale Projekt für die 40 Millionen Argentinier auch weiterverfolgen und vertiefen werde», sagte die Wahlsiegerin am Sonntagabend vor Tausenden Anhängern in Buenos Aires.



Mit dem Projekt war der radikale Wandel gemeint, den die Gesellschaft des Landes in den letzten Jahren vollzogen hat: Neue Jobs, steigende Löhne und eine Wiederbelebung der nationalen Industrie haben nicht nur einen erstaunlichen Wirtschaftsboom bewirkt.

Argentinien gegen den Trend

Während in vielen Ländern der Welt die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, ist es in Argentinien genau umgekehrt. Seit dem Einzug der Kirchners in den Präsidentenpalast vor acht Jahren ist der Unterschied hier um die Hälfte geringer geworden. Zugleich ist das Bruttoinlandprodukt von 2002 bis 2011 nach Zahlen des Internationalen Währungsfonds (IWF) um 94 Prozent gestiegen. Das Wachstum ist damit das stärkste in der westlichen Hemisphäre und stellt selbst das brasilianische Wirtschaftswunder in den Schatten.

In ihrer Siegesrede versprach die Präsidentin, Argentinien gegen Einflüsse von aussen zu verteidigen. In ihrer Innenpolitik werde sie sich von keinen Sonderinteressen, sondern einzig von ihrer Liebe zu ihrem Vaterland leiten lassen, sagte sie.

Die Wahl am Sonntag war auch für die Peronistische Partei der Präsidentin ein Erfolg. In regionalen Abstimmungen wurden für den Kongress mehr als die Hälfte der Sitze in der Abgeordnetenkammer und etwa ein Drittel der Sitze im Senat neu verteilt. Auch hier konnten die Peronisten ersten Ergebnissen zufolge deutlich zulegen. (sda)

IN KÜRZE

Antrag zum EU-Austritt

LONDON. Dem britischen Premier David Cameron droht wegen der Europakrise eine Revolte in der eigenen Partei. Etliche Abgeordnete der Konservativen wollten noch gestern Nacht einen Antrag beschliessen, nach dem das Volk über den Verbleib des Landes in der EU entscheiden soll.

Wieder Gefangenen austausch

JERUSALEM. Nach dem Gefangenen austausch zwischen Israel und der Hamas haben nun auch Israel und Ägypten einen Austausch vereinbart. Ägypten will den wegen Spionageverdachts inhaftierten US-Israeli Ilan Grapel freilassen, Israel soll sich laut israelischen Angaben bereiterklärt haben, 25 ägyptische Häftlinge freizulassen.

Botschafter zurückgezogen

DAMASKUS. Die USA haben ihren Botschafter in Syrien aus Sicherheitsgründen abgezogen. Syrien reagierte nun darauf und rief ihren diplomatischen Vertreter in Washington ebenfalls nach Hause. (sda)

Scharia begleitet Libyen in die Zukunft

TRIPOLIS. Frei soll es sein, das neue Libyen, und islamisch. Das verkündete der Chef des Übergangsrats am Sonntag. Das Wiedererstarken des politischen Islam verängstigt liberale Libyer.

MARKUS SYMANK, KAIRO

Libyens alter und Libyens neuer Anführer, sie könnten unterschiedlicher nicht sein. Muammar Gaddafi, ein Selbstdarsteller ersten Grades, erratisch in seinem Auftreten, bis zuletzt unvorhersehbar in seinem Handeln. Mustafa Abd al-Dschalil dagegen ein wohltemperierter Jurist, dem jedes prahlerische Gehabe abgeht, der jedes seiner Worte sorgsam abwägt. Vor allem aber – und das hebt ihn in den Augen vieler Libyer am stärksten von Gaddafi ab – ist der 59-Jährige zutiefst religiös. Und geht es nach dem Willen des Vorsitzenden des Übergangsrates,

dann soll von nun in ganz Libyen die Religion wieder eine dominantere Rolle spielen. «Wir sind ein islamisches Land und wählen die islamische Religion als Kern unserer Regierung», sagte er am Sonntag bei den Feierlichkeiten in Benghazi. Die neue Verfassung solle im islamischen Recht, der Scharia, verankert werden.



Dschalil will den Islam stärken. Bild: key

Libyen geht mit diesem Schritt keinen Sonderweg, sondern gleicht seine Rechtsgrundlage vielmehr derjenigen seiner arabischen Nachbarländer an. In Ägypten wurzelt die Verfassung ebenfalls in der islamischen Rechtssammlung, selbst im traditionell säkularen Tunesien beziehen sich viele Gesetze explizit auf die Scharia.

Polygamie erlaubt

Auch die zwei Beispiele, die Dschalil quasi als Sofortmassnahmen auf dem Weg zu einem religiöseren Staat in Aussicht stellte, sind in der Region eher Norm als Ausnahme. Islamisches (sprich: zinsloses) Bankenwesen und Polygamie mögen im Westen Kopfschütteln hervorrufen, nicht aber in Nordafrika. Die Frage ist, ob es in Libyen bei diesen verhältnismässig kleinen rechtlichen Korrekturen bleibt oder die neue Führung damit eine konservative Kehrtwende eingeläutet hat.

Die führenden Köpfe des Übergangsrates betonen zwar bei jeder Ge-

legenheit, für eine «moderate Form» des Islam zu stehen. Doch westliche Beobachter äusserten sich zuletzt zunehmend besorgt über den wachsenden Einfluss der Islamisten. In den Reihen der Rebellenmilizen haben die Fundamentalisten, darunter auch zahlreiche ehemalige Dschihad-Kämpfer, Spitzenämter besetzt. Liberale Stimmen warnen, die vom konservativen Golfstaat Katar finanziell unterstützten Islamisten würden das durch den Sturz Gaddafis entstandene Machtvakuum zu ihren Gunsten nutzen.

Die liberal gesinnten Libyer stehen dem Aufstieg des politischen Islam bisher relativ hilflos gegenüber. Auch weil Schlagworte wie Säkularismus oder Sozialismus, die Gaddafi nach seinem Gutdünken missbrauchte, einen negativen Beigeschmack haben. Mit dem Rücktritt von Mahmut Dschibril, einem der führenden Köpfe des Übergangsrates, haben die liberalen Kräfte zudem ihren wichtigsten Fürsprecher in der neuen Regierung verloren.